

NACHRICHTEN

D'Alema wegen Schröder verärgert

ROM: Der italienische Ministerpräsident Massimo D'Alema ist über Äusserungen von Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) zu rechtsgerichteten Parteien in Italien verärgert. D'Alema forderte Schröder am Donnerstag im römischen Parlament auf, seine Haltung zur Frage einer eventuellen Regierungsbeteiligung italienischer Neofaschisten zu überdenken. Er habe den Botschafter in Berlin angewiesen, Schröder dies zu übermitteln. D'Alema warf Schröder vor, ein «begrenzttes Wissen über die Lage der rechten Parteien in Italien» zu haben. Deren Positionen hätten «nicht das Geringste mit denen des rechtspopulistischen österreichischen FPÖ-Chefs Jörg Haider zu tun», sagte der Ministerpräsident. Keine der Parteien in der Allianz «Pol der Freiheit» vertrete rechtsextreme oder antidemokratische Positionen. In einem am Donnerstag in der Wochenzeitschrift «Die Zeit» veröffentlichten Interview hatte Schröder deutlich gemacht, dass die Europäische Union (EU) bei einer erneuten Regierungsbeteiligung italienischer Neofaschisten ähnlich reagieren würde wie im Falle der FPÖ in Österreich. Als die neofaschistische Alleanza Nazionale/Movimento sociale Italiano (AN-MSI) vor sechs Jahren an der Regierung von Silvio Berlusconi beteiligt war, hatten die EU-Staaten keinerlei Reaktion gezeigt.

Johannes Rau: Israel-Besuch positiv

TEL AVIV: Der deutsche Bundespräsident Johannes Rau hat am Donnerstag eine positive Zwischenbilanz seines Israel-Besuchs gezogen. Am Rande der Visite vereinbarten Deutschland und Israel, den Jugendaustausch zu intensivieren. Bei seinem ersten Staatsbesuch ausserhalb Europas sei es ihm um die Verbindung der Vergangenheit mit der Zukunft in den Beziehungen beider Länder und um den Friedensprozess im Nahen Osten gegangen, sagte Rau in Tel Aviv. Er zeigte sich überzeugt, dass in Israel die Hoffnung und die Bereitschaft für einen Nahost-Frieden nicht nachgelassen habe. Bei seinen



bevorstehenden Gesprächen mit der Führung der Palästinenser und Ägyptens werde dies auch ein Thema sein. Ein Schwerpunkt seiner Israelreise sei die Frage der Generationen gewesen, sagte Rau weiter. Er zeigte sich zufrieden über das Jugendabkommen, das die zuständigen Minister beider Länder am Donnerstag unterzeichneten. «Im Jugendaustausch gilt es, die Erinnerung an den Holocaust wach zu halten und an die nachfolgenden Generationen weiterzugeben», sagte die deutsche Familienministerin Christine Bergmann. Vor allem in den neuen Bundesländern gebe es einen erheblichen Nachholbedarf. In der DDR sei die Information über Israel sehr bescheiden gewesen. Am Donnerstagvormittag hatte Rau in der Negevüste den Grundstein für ein neues Wüstenforschungsinstitut gelegt, das von Deutschland mit einem Darlehen von 50 Millionen Mark gefördert wird. Anschliessend besuchte Rau das Grab des ersten Ministerpräsidenten Israels, David Ben-Gurion.

Palästinenser protestieren

RAMALLAH: Die Palästinenser werden die Annexion von palästinensischem Boden im Westjordanland und im Gazastreifen als Teil einer endgültigen Friedensregelung ablehnen. Dies erklärte der palästinensische Planungsmister Nabil Schaath am Donnerstag. «(Ministerpräsident Ehud) Barak täuscht sich, wenn er glaubt, dass das palästinensische Volk Kompromisse eingetht, wenn es um den (israelischen) Rückzug zu den Grenzen vom 4. Juni 1967 geht», sagte Schaath in Ramallah. Israel hatte im Sechs-Tage-Krieg im Juni 1967 das Westjordanland und den Gazastreifen besetzt. Palästinenserpräsident Jassir Arafat hatte der Regierung Barak vorgeworfen, den Palästinensern im Rahmen eines endgültigen Abkommens nur 45 Prozent des Westjordanlandes übergeben zu wollen.

Wer wird Schäubles Nachfolger?

Nach dem Rückzug von Wolfgang Schäuble: Intensive Beratungen hinter verschlossenen Türen

BERLIN: Einen Tag nach dem Rückzug Wolfgang Schäubles von der Spitze der deutschen Christdemokraten (CDU) hat die Partei am Donnerstag feierhaft über Schäubles Nachfolge an der Partei- und Fraktions Spitze beraten.

Als Kronfavoritin für den Parteivorsitz galt Generalsekretärin Angela Merkel. Zahlreiche CDU-Spitzenpolitiker sprachen ihr das Vertrauen aus. Merkel habe sich hohe Glaubwürdigkeit bei der Aufklärung der Finanzaffären verschafft, hiess es. Sie sei imstande, die Partei aus dem Spendensumpf zu ziehen.

Vorbehalte gegenüber der aus Ostdeutschland stammenden 45-jährigen Diplomphysikerin gab es allerdings vereinzelt von CDU-Politikern im Westen sowie von der bayerischen Schwesterpartei Christlich-Soziale Union (CSU).

Rühes und Vogel

Als Alternative zu Merkel wurden am Donnerstag auch der ehemalige Verteidigungsminister Volker Rühle sowie der thüringische Ministerpräsident Bernhard Vogel genannt. Die Chancen Rühes hängen allerdings vom Abscheiden der CDU bei der Regionalwahl in



Bildkompositionen mit der CDU-Generalsekretärin Angela Merkel und dem Finanzexperten Friedrich Merz. (Bild: Keystone)

Schleswig-Holstein ab, wo Rühle als Spitzenkandidat antritt. Der 67-jährige Vogel wäre nach Angaben aus Parteikreisen höchstens eine

Übergangslösung. Erneut fiel auch der Name des populären sächsischen Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf. Am Abend stand eine Sitzung des CDU-Parteipräsidiums an, in der unter anderem Personalfragen beraten werden sollten. Die neue Parteiführung soll beim Parteitag im April gewählt werden.

Merz als Fraktionschef gesetzt

Bereits früher wird über den Vorsitz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion entschieden. Hier gilt als Nachfolger Schäubles der 44-jährige CDU-Finanzexperte Friedrich Merz als gesetzt. Seine Wahl wird vermutlich nächste Woche erfolgen. Die CSU hatte Volker Rühle favorisiert.

Die Wahl der Vizefraktionschefs wurde nach heftigem Widerstand der CSU hingegen auf übernächste Woche und damit nach der Wahl in Schleswig-Holstein verschoben. Als Grund wurde genannt, eine Kandidatur Rühes für einen Fraktionsposten würde als Zeichen für eine erwartete Wahlniederlage im Norden interpretiert.

Am Donnerstag wurde die tiefe Verärgerung Schäubles über den früheren Bundeskanzler Helmut Kohl öffentlich, von dem er 1998 nach der verlorenen Bundestagswahl den Parteivorsitz übernommen hat und der als einer der Hauptschuldigen an der Finanzaffäre gilt.

Entscheidendes Wochenende

US-Vorwahlen: Für George Bush junior geht es in South Carolina um Sein oder Nichtsein

WASHINGTON: Für George Bush jr. heisst es bei der Vorwahl in South Carolina an diesem Samstag bereits Sein oder Nichtsein.

Herbert Winkler

Verliert der Gouverneur von Texas nach der Aufsehen erregenden Schlappe in New Hampshire auch den ersten Wählerstern im Süden der USA gegen seinen Herausforderer John McCain, dürften dem Favoriten für die Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten der Republi-

kanischen Partei, nach allgemeiner Einschätzung wohl die Luft und das Geld ausgehen. Und die «McCain-Meuterei», wie das Magazin «Time» es nannte, hätte die Machtverhältnisse völlig auf den Kopf gestellt.

Umfragen zeigen, dass sich die beiden Männer in South Carolina ein Kopf-an-Kopf-Rennen liefern. Dort können nicht nur republikanische Mitglieder, sondern auch Demokraten und Unabhängige mitstimmen – und die sind mehrheitlich für McCain. Kein Wunder, dass sich der vorher höfliche Wahlkampf gründlich gewandelt hat. Gentle-

man Bush startete eine Schlammschlacht. Bei der letzten Fernsehdebatte vor dem Wahltag ging er wie ein Terrier auf McCain los.

Zweifel und Warnzeichen

Der 63 Jahre alte frühere Vietnam-Kriegsgefangene prögelte zwar zurück. Dennoch wirkte nicht der nervöse, aufgedrehte Bush, sondern der weisshaarige Senator aus Arizona mit der staatsmännischen Aura wie der Spitzenreiter.

Bundesweit ist Bush, 53-jähriger Sohn des gleichnamigen republikanischen Ex-Präsidenten, seinem

Gegner organisatorisch und in Umfragen weiterhin voraus. Aber erste ernsthafte Zweifel und Warnzeichen sind da. Der frühere Mitbewerber Gary Bauer, ein konservativ-religiöser Politiker, unterstützt jetzt McCain.

Ein prominenter Pro-Bush-Republikaner in Kalifornien, Staatsminister Bill Jones, wechselte das Lager. In der gegnerischen Demokratischen Partei befassten sich Strategen bereits mit der Möglichkeit, dass sie es bei der Präsidentenwahl am 7. November mit McCain zu tun bekommen.

Enttäuschte zurückgewinnen

Künftiger SPÖ-Chef Alfred Gusenbauer: Eine «Roter durch und durch»

WIEN: Mit Alfred Gusenbauer «back to the roots» – als Oppositionspartei nehmen die österreichischen Sozialdemokraten (SPÖ) eine Kurskorrektur vor und positionieren sich klar gegen die Rechtsregierung.

Personifiziert wird diese Ausrichtung durch die Entscheidung für einen «Roten durch und durch», der dennoch pragmatisch genug ist, um jene Wähler zurückzugewinnen, die sich in den letzten Jahren von der SPÖ verabschiedet haben.

Erst folgte der 40-jährige ehemalige Jungsozialist Gusenbauer auf «Spin Doctor» Andreas Rudas in der Funktion des SPÖ-Geschäftsführers, nun übernimmt er den Parteivorsitz vom «Macher» und Quer-einsteiger Viktor Klima. Mit Gusenbauer erhält die SPÖ den jüngsten Vorsitzenden ihrer Geschichte.

Rascher Aufstieg

Sein Amt als Geschäftsführer der Bundespartei trat Gusenbauer erst am 31. Januar an. Durch seinen zweiten Karrieresprung binnen kürzester Zeit hat Gusenbauer nun alle Möglichkeiten zu realisieren, was er sich vorgenommen hat: Die SPÖ zu modernisieren, sie für breite Schich-



Alfred Gusenbauer (rechts) folgt auf den entthronten Kanzler Viktor Klima.

ten zu öffnen und die Jugend sowie Vertreter der höheren Bildungsschichten wieder ins rote Lager zu holen.

Dass die Kern- und Stammwähler dabei nicht zu kurz kommen werden, dafür bürgt Gusenbauers Lebenslauf: Er kennt die Partei von Grund auf, die Gepflogenheiten und Befindlichkeiten, er weiss, wie

man Akademiker erreicht, kann es aber auch mit der vielzitierten Basis. Gusenbauer wurde am 8. Februar 1960 in St. Pölten geboren, der Hauptstadt des Bundeslandes Niederösterreich. Von 1978 bis 1987 studierte er in Wien Politikwissenschaft, Philosophie und Jus und schloss sein Studium mit dem Dr. phil. ab.

Koch lehnt Rücktritt ab

WIESBADEN: Hessens christdemokratischer Ministerpräsident Roland Koch hat einen Rücktritt erneut abgelehnt. «Solange die Mehrheit im hessischen Landtag zur Verfügung steht, solange wird diese Regierung unter meiner Führung im Amt bleiben», sagte Koch am Donnerstag vor dem Landtag in Wiesbaden. Koch war in der Finanzaffäre der Hessen-CDU unter Druck geraten, weil er seine Beteiligung an einer Fälschung des CDU-Rechnenschaftsberichts einräumen musste. Ausserdem hatte er zum Stand seines Wissens über schwarze Kassen die Öffentlichkeit belogen. Die mitregierenden hessischen Freidemokraten (FD) halten dennoch an der Koalition unter Koch fest, auch gegen den Willen der Bundes-EDP. Am Donnerstag beschloss der hessische Landtag einstimmig die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur CDU-Finanzaffäre. Schon beim Beschluss zeichneten sich scharfe Kontroversen zwischen Opposition und Regierungstraktionen über die Arbeit des Gremiums und dessen Vorsitz ab.